

**Friedhofsgebührensatzung  
für den Friedhof der Evangelischen Kirchengemeinde Kasnevit**

Der Kirchengemeinderat der Evangelischen Kirchengemeinde Kasnevit hat am 17.08.2021 aufgrund von Artikel 25 Absatz 3 Nummer 4 der Verfassung i. V. m. § 41 der Friedhofssatzung folgende Friedhofsgebührensatzung beschlossen:

**§ 1**

**Allgemeines**

Für die Benutzung des Friedhofs in Kasnevit der Ev. Kirchengemeinde Kasnevit und seiner Anlagen und Einrichtungen sowie für sonstige in § 6 aufgeführte Leistungen des Friedhofsträgers werden Gebühren nach dieser Gebührensatzung erhoben.

**§ 2**

**Gebührensschuldner**

Zur Zahlung der Gebühren ist die antragstellende Person und die Person verpflichtet, in deren Auftrag der Friedhof oder seine Anlagen und Einrichtungen benutzt werden. Sind mehrere Personen zahlungspflichtig, so haftet jede einzelne Person als Gesamtschuldner.

**§ 3**

**Festsetzung und Fälligkeit der Gebühren**

(1) Die Festsetzung der Gebühren erfolgt durch schriftlichen Verwaltungsakt (Gebührenbescheid). Dieser wird der Gebührenschuldnerin bzw. dem Gebührenschuldner schriftlich bekannt gegeben.

(2) Die Gebührenpflicht entsteht mit der Erbringung der jeweiligen Leistung. Werden erbrachte Leistungen nur teilweise in Anspruch genommen, so ist dennoch die volle Gebühr zu entrichten. Die Gebühren sind innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Gebührenbescheids fällig.

(3) Sofern die fälligen Gebühren nicht entrichtet worden sind, kann der Friedhofsträger Bestattungen und Leistungen verweigern.

(4) Gebührenbescheide, die formularmäßig oder mit Hilfe automatischer Einrichtungen erlassen werden, sind ohne Unterschrift oder Namenswiedergabe gültig. § 119 Absatz 3 Satz 2 der Abgabenordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 2002 (BGBl. I S. 3866, 2003 S. 61), die zuletzt durch Gesetz vom 11. Juli 2019 (BGBl. I S. 1066) m. W. v. 18. Juli 2019 geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, gilt entsprechend.

(5) Rechtsbehelfe und Rechtsmittel gegen Gebührenbescheide haben keine aufschiebende Wirkung, das heißt, die Verpflichtung zur Zahlung innerhalb der Fälligkeit nach Absatz 2 wird durch die Einlegung nicht aufgehoben. Im Übrigen gelten die Bestimmungen des Verwaltungsverfahrens- und Zustellungsgesetzes der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 28. Oktober 2009 (ABl. EKD S. 334, 2010 S. 296) und der staatlichen Verwaltungsgerichtsordnung vom 21. Januar 1960 [BGBI. I S. 17](#)), die zuletzt durch Gesetz vom [21. Juni 2019](#) (BGBI. I S. 846, 854) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung.

(6) Gebühren werden als öffentlich-rechtliche Geldforderungen im Verwaltungszwangsverfahren beigetrieben.

#### **§ 4**

#### **Säumniszuschläge, Kosten, Einziehung rückständiger Gebühren**

(1) Werden Gebühren nicht bis zum Ablauf des Fälligkeitstages entrichtet, so ist für jeden angefangenen Monat der Säumnis ein Säumniszuschlag von 1 Prozent des abgerundeten rückständigen Gebührenbetrages zu entrichten; abzurunden ist auf den nächsten durch 50 Euro teilbaren Betrag.

(2) Für schriftliche Mahnungen sind die entstandenen Portokosten durch die Gebührenschuldnerin bzw. den Gebührenschuldner zu erstatten.

(3) Rückständige Gebühren, Säumniszuschläge sowie Kosten nach Absatz 2 werden im Verwaltungszwangsverfahren eingezogen. Die Kosten der Vollstreckung hat die Vollstreckungsschuldnerin bzw. der Vollstreckungsschuldner zu tragen.

#### **§ 5**

#### **Verjährung der Gebühren**

Für die Festsetzungsverjährung der Gebühren gelten die §§ 169 bis 171 der Abgabenordnung und für die Zahlungsverjährung der Gebühren die §§ 228 bis 232 der Abgabenordnung entsprechend.

#### **§ 6**

#### **Gebührentarif**

(1) Folgende Gebühren für die Verleihung von Nutzungsrechten an Grabstätten (Grabnutzungsgebühren einschließlich Friedhofsunterhaltungsgebühren) werden erhoben:

##### **1. Sargwahlgrabstätte:**

a) für 25 Jahre  
- je Grabstelle -: **839,72 €**

b) für jedes Jahr der Verlängerung  
- je Grabstelle -: **33,59 €**

## **2. Urnenwahlgrabstätte:**

a) für 20 Jahre  
- je Grabstelle -: 671,77 €

b) für jedes Jahr der Verlängerung  
- je Grabstelle -: 33,59 €

## **3. Urnengemeinschaftsanlage mit Namensnennung:**

a) für 20 Jahre Nutzungsrecht: 403,06 €

b) Anlagekosten: 74,10 €

c) Pflegekosten für 20 Jahre: 642,67 €

**gesamt** 1119,83 €

b) für jedes Jahr der Verlängerung  
- je Grabstelle -: 55,99 €

## **4. Sargrasengräber mit Namensnennung für Sarg:**

a) für 25 Jahre Nutzungsrecht: 839,72 €

b) Anlagekosten: 60,25 €

c) Pflegekosten für 25 Jahre: 502,08 €

**gesamt** 1402,05 €

b) für jedes Jahr der Verlängerung  
- je Grabstelle -: 53,67 €

Die Gebühr für den Erwerb, Wiedererwerb und die Verlängerung des Nutzungsrechts wird für die gesamte Nutzungszeit im Voraus erhoben.

## **5. Bestattungsgebühren**

- Für Erdbestattungen 1223,74 €

- Für Urnenbeisetzungen 396,09 €

In den Bestattungsgebühren sind enthalten:

- Herrichten der Grabstelle und der Kirche
- Öffnen und Schließen der Gruft
- Transport des Blumenschmucks zur Gruft
- Trägergeld bei Urne und Sargträger
- Fahr- und Transportgebühren

## **6. Verwaltungsgebühren werden erhoben für:**

- |   |                |
|---|----------------|
| 1. die Ausstellung einer Graburkunde:   | <b>18,29 €</b> |
| 2. die Umschreibung einer Graburkunde auf den Namen anderer Berechtigter:   | <b>18,29 €</b> |
| 3. die Entscheidung über Anträge auf Genehmigung zur Aufstellung von Steinen:   | <b>18,29 €</b> |
| 4. die Entscheidung über Anträge auf Zulassung einer oder eines Gewerbetreibenden bzw. für die Bearbeitung einer Anzeige nach § 6 Absatz 7 der Friedhofssatzung:  | <b>18,29 €</b> |
| 5. Verwaltungsgebühr:   | <b>12,20 €</b> |
| 6. Für die Genehmigung zur Errichtung oder Änderung stehender Steine auf einem Sargwahlgrab und Urnenwahlgrab und die laufende Überprüfung der Standsicherheit während des Nutzungsrechtes beistehenden Steinen |                |
| a) für 20 Jahre   | <b>20,00 €</b> |
| b) für 25 Jahre   | <b>25,00 €</b> |
| c) für die laufende Überprüfung der Standsicherheit bei der Verlängerung von Nutzungsrechten für jedes Jahr der Verlängerung  | <b>1,00 €</b>  |

## **§ 7**

### **Zusätzliche Leistungen**

Für besondere zusätzliche Leistungen, die im Gebührentarif nicht vorgesehen sind, setzt der Friedhofsträger die zu entrichtende Vergütung von Fall zu Fall nach dem tatsächlichen Aufwand fest.

## **§ 8**

### **Schlussbestimmungen**

Die vorstehende Friedhofsgebührensatzung wird hiermit ausgefertigt. Sie wurde durch den Kirchenkreisrat des Pommerschen Evangelischen Kirchenkreises kirchenaufsichtlich genehmigt

Kasowitz, 08.09.2021  
Ort, Datum

Ev. Kirchengemeinde Kasowitz  
- Der Kirchengemeinderat -

P. H. D. ...  
Vorsitzendes Mitglied



K. ...  
Mitglied

Kirchenaufsichtlicher Genehmigungsvermerk

Kirchenaufsichtlich genehmigt.  
Greifswald, den 05. OKT. 2021

Papst [Signature]  
Abteilungsleiter

